

Interkulturell, Heft 112 Jf. 1995

Bade, Klaus J. (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. München: Beck 1994

In Thesen tragen namhafte Wissenschaftler ihre Position vor. Die Botschaft heißt: Deutschland muß das Phänomen der Einwanderung akzeptieren. Im Anschluß werden in erläuternden Beiträgen die Thesen erklärt. Im einzelnen geht es um

- das Tabu Migration und Belastungen und Herausforderungen für Deutschland (Klaus J. Bade),
- Weltbevölkerung und Weltwanderung (Peter J. Opitz),
- Bevölkerung und Wanderung in Europa (Rainer Münz),
- die Zukunft von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland (Meinhard Miegel),
- Multikulturalismus in der Einwanderungsgesellschaft (Dieter Oberndörfer),
- ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozeß (Friedrich Heckmann),
- Familie, Jugend, Bildungsarbeit (Ursula Boos-Nünning),
- Minderheiten, Volksgruppen, Ethnizität und Recht (Otto Kimminich),
- Migrationspolitik und Zuwanderungsrecht, Staatsbürgerschaft und Integration (Michael Wollenschläger),
- Das Ende der Lebenslügen und ein Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik (Claus Leggewie).

Mit den Verfassern sind es 60 Forscher, meist Hochschullehrer, die das Manifest mitzeichnen. So schreibt Claus Leggewie in seiner These: „Der Vorteil einer vorausschauenden Einwanderungspolitik liegt darin, daß ein konfliktbelasteter, für populistische Kampagnen geeigneter Prozeß entdramatisiert, also durch staatliche Planung und Regelung 'normalisiert' wird. Es wird transparent und kontrollierbar, wieviele Einwanderer jährlich ins Land kommen und was arbeitsmarkt- und sozialpolitisch für ihre Eingliederung getan werden muß.

Dies geschieht derzeit nur in bezug auf deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa. Diese ‚realexistierende‘ deutsche Einwanderungspolitik hat, im Unterschied zu derjenigen anderer Staaten, ein ethnisches Privileg. Die politische Frage ist, ob im Hinblick auf die kaum abwendbare Überalterung der deutschen Bevölkerung in großem Umfang auch eine Öffnung für nicht-deut-

sche Gebietsfremde vorzusehen ist, wenn der Zustrom deutschstämmiger Aussiedler versiegt sein wird." (S. 56) Und weiter: „Die künftige Einwanderung ist nach Größenordnung (Kontingente), Zusammensetzung und Herkunft (Quoten) zu bestimmen. Die Höhe der jährlichen Einwanderung (durch Familiennachzug und Aussiedlerzuwanderung derzeit rund 350 000 Personen) ist in bundesgesetzlich definierten Handlungsspielräumen je nach Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung kurz- und mittelfristig festzulegen. (...)

Im Zentrum der Einwanderung sollte eine leitende exekutive und konzeptuell tätige Behörde stehen, möglichst ein Ministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten. (...)

Die Leistungsfähigkeit von Einwanderungspolitik ist letztlich an zwei hochbrisanten Indikatoren ablesbar: einerseits am Umfang der illegalen Einwanderung und damit an der Fähigkeit des Staates, die beanspruchte Steuerung praktisch durchzusetzen; andererseits am Ausmaß der gegen Einwanderung gerichteten Agitation; denn es geht bei der Einwanderungspolitik nicht nur um Steuerung, sondern auch um Legitimation.“ (S. 58/59)

Ursula Boos-Nünning resümiert: „Ein erster falscher Ansatz war und ist es, Unterricht und Sozialpädagogik dafür einzusetzen, Schüler ausländischer Herkunft einseitig der deutschen Schule und Gesellschaft anzupassen. Solche, auf kompensatorische Erziehung ausgerichtete Vorstellungen beschreiben die Kinder von Einwanderern als defizitär. Sie sind in der pädagogischen Idee der interkulturellen Erziehung längst überholt, beherrschen aber nach wie vor die Praxis. Ein zweiter Fehler bestand darin, daß kein generelles und bildungspolitisches Konzept zum Umgang mit internationaler Mobilität und kultureller Vielfalt entwickelt wurde. Statt dessen wurden für jede neue Einwanderergruppe neue Ad-hoc-Entscheidungen getroffen. Sie führten zu schwer erträglichen Ungleichheiten und verhinderten übergreifende Lösungen. Eine dritte Fehlentscheidung lag darin, die Bemühungen, die es durchaus gab, auf den Bereich der allgemeinbildenden Schulen zu konzentrieren. Das Verhältnis zwischen den Sozialisationsinstanzen (Familie, Schule, Gleichaltrigengruppe) stimmte nicht mehr. Das damit aufgeworfene Problem wurde aber nicht als ganzheitliche Gestaltungsaufgabe begriffen.“ (S. 45/46)

Zur geforderten Erziehung und Bildung in einer multikulturellen Gesellschaft werden zwei Dimensionen angesprochen: „die Schaffung von Entwicklungschancen für alle Teilgruppen, d.h. auch für die Einwanderer, und die Einübung in Formen des Miteinanderumgehens von Mehrheit und ethnokulturellen Minderheiten.“ (S. 46) In den Erklärungen wird dann beispielsweise ausgeführt: „Die selbstverständlich erscheinende Forderung, die Sprachen der Einwanderergruppen als Begegnungssprachen in der Grundschule nicht nur zuzulassen, sondern ihre Einführung zu fördern, stößt auf Widerstände; zu selbstverständlich ist die Dominanz des Englischen. Aber selbst das Recht des Einwandererkindes auf Unterricht in seiner Sprache – zumindest für eine Teil-

gruppe in der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft von 1977 verankert – harrt auch in Deutschland noch immer der Einlösung.“ (S. 178)

Hier bleibt der Text leider knapp, zu knapp, bei allem Verständnis für beschränkten Publikationsraum. Der Terminus Begegnungssprachen mag für das pädagogische Personal in Nordrhein-Westfalen eingeführt und verständlich sein, nicht jedoch für den Alltagspädagogen in Baden-Württemberg. Und ein Hinweis auf die schwedische Regelung, die freie Wahl der Unterrichtssprachen bis in einzelne Fächer, und den Schulerfolg finnischer Migrantenkinder hätte die Position konkretisieren und erhärten können. Überhaupt: gerade für die Schule als zentrale gesellschaftliche Integrationsinstanz hätte es einer eigenen These bedurft.

Ansonsten: es ist nicht nur eine organisatorische Leistung dieses Manifest (als spätes Kontraststück zum „Heidelberger Manifest“ konservativ-rassistischer Professoren zu Beginn der 80er Jahre?) zustande zu bringen, sondern auch eine politische, nämlich ansonsten kritische Intelligenzler zu einer gemeinsamen Willensäußerung zusammenzubringen. Die sprachliche Verständlichkeit ist gelungen. Man darf dem Manifest eine weite Verbreitung wünschen. Jetzt sollten sich Szenarios anschließen: Entwürfe für die konkrete Umsetzung. Kritische Intelligenz sollte sich wagen, kreativ zu werden und die Politik zur Antwort auf Entwürfe herauszufordern!

Guido Schmitt